

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE FEBRUAR 2024 | 20. JAHRGANG

Weil die Stadt uns gehört: Kein Verkauf kommunaler Wohnungen



Absurd! Die Unternehmensführung der stadteigenen ProPotsdam denkt darüber nach, kommunale Wohnungsbestände zu verscherbeln. Währenddessen unternimmt Berlin die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen einen neuen Anlauf, um die Wohnungsbestände privater profitorientierter Immobiliengesellschaften in Gemeineigentum zu überführen. Die Linke sagt ganz klar: Mietenwahnsinn stoppen – Kein Verkauf kommunaler Wohnungen!
Mehr dazu auf SEITE 3.



Gemeinsam Partei ergreifen gegen RECHTS

Tausende Menschen hatten sich am Sonntag, 14. Januar 2024, auf dem Alten Markt in Potsdam versammelt, um ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Aus der Empörung über die Pläne der Rechtsfront leitet Brandenburgs Linke-Fraktionschef Sebastian Walter eine Forderung ab. „Wir müssen daraus endlich Handlungen erwachsen lassen!“ Sebastian Walter fordert ein AfD-Verbotsverfahren.

SEITE 2



Die Linke beschließt Landesliste

Am vergangenen Wochenende hat Brandenburgs Linkspartei über die Kandidaturen zur Landtagswahl 2024 entschieden. Auf dem Tempeliner Parteitreffen in einem Familienhotel am Lübbesee/Tempelin haben 112 Vertreterinnen und Vertreter die Landesliste beschlossen. Die Potsdamer Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre landete dabei auf Listenplatz 3.

SEITE 7



Volksinitiative „Schule satt!“ gestartet

Gemeinsam starteten Die Linke, DGB, Verdi, GEW, IG Metall, der Paritätische Landesverband e. V., der AWO Bezirksverband Potsdam, die Kita-Elternbeiräte Cottbus und Potsdam, Shia e.V., der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und weiteren die Volksinitiative „Schule satt!“ für ein kostenloses Mittagessen für alle Schulkinder der Jahrgangsstufen 1 bis 6.

SEITE 8

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Wir informieren über das Geschehen auf der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Januar 2024. Über folgende Themen lesen Sie u.a.: Gemeinsamer Beschluss der Stadtverordneten gegen Rechts; Arbeit des Jugendhilfeausschusses sowie über Nachgefragtes, Überwiesenes; Beschlossenes; Informationen in eigener Sache und mehr...

SEITEN I – IV



TAUSENDE MENSCHEN HATTEN SICH AM SONNTAG, 14. JANUAR 2024, AUF DEM ALTEN MARKT IN POTSDAM VERSAMMELT, UM EIN ZEICHEN GEGEN RECHTS ZU SETZEN – ES HANDELT SICH UM DIE GRÖSSTE DEMONSTRATION IN DER LANDESHAUPTSTADT SEIT MEHREREN JAHREN. AUCH WIR LINKEN WAREN SELBSTVERSTÄNDLICH DABEI VOR ORT.

AfD-Verbot jetzt!

Kommentar von Sebastian Walter, Landesvorsitzender Die Linke Brandenburg

Wenige Kilometer neben dem Haus der Wannsee-Konferenz treffen sich AfD-Funktionäre und der Pressesprecher der AfD-

Landtagsfraktion mit Rechtsextremen, um einen Deportationsplan für Millionen von Menschen in Deutschland zu schmieden.

Wie viele Zeichen an der Wand braucht es eigentlich noch? Die aufgedeckten Vorgänge zeigen in grausamer Deutlichkeit: Es ist Zeit zu handeln. Ein Verbot der AfD ist nicht nur gerechtfertigt, sondern ein Gebot zum Schutz unserer Demokratie.

Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Urteil Maßstäbe für ein Parteienverbot gesetzt. Diese Kriterien – allen voran das der „aktiv kämpferisch-aggressiven Haltung gegen die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung Deutschlands“ – treffen auf die AfD zu. Sie ist radikaler als es die NPD je war und zudem we-

sentlich einflussreicher. Es ist nicht hinnehmbar, dass solche Machenschaften wie in Potsdam indirekt und die Partei als solches direkt mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

Ein Verbot der AfD ist nicht nur machbar, sondern angesichts der Gefahren für unsere Demokratie und für die Menschen in unserem Land dringend geboten. Und es wäre ein starkes Signal dafür, dass Nazi-Ideologie in Deutschland keinen Platz hat. Wir müssen unsere demokratischen Grundwerte verteidigen – aktiv und entschlossen. Worauf wollen wir denn noch warten?



Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Pdm.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Isabelle Vandré,
Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe,
Anna Nold, Tobias Woelki

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion

**Die nächste PaS erscheint am
14. März 2024**

LAYOUT

Sophie Sumburane

TELEFON der Redaktion

0176 / 327 93 65 9

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion/Archiv

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Kein Verkauf öffentlicher Wohnungen: ProPotsdam-Geschäftsführung auf gefährlichem Irrweg



IRIS BURDINSKI UND ISABELLE VANDRE GEGEN VERKAUF ÖFFENTLICHER WOHNUNGEN.

„Gerade weil in einer Marktökonomie der Zweck der Wohnungsbewirtschaftung nicht das Wohnen, sondern das Geschäft ist, bleiben soziale und ökologische Aspekte der Wohnversorgung systematisch auf der Strecke.“

schreibt der bekannte Stadtsoziologe Andrej Holm im Magazin Jacobin. Seine Schlussfolgerung ist klar: Wohnungen müssten dem Markt entzogen werden, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Zu einem ähnlichen Urteil

kommt die Berliner Expert:innenkommission Vergesellschaftung, die das Volksbegehren Deutsche Wohnen und Co. enteignen bewertete. Sie hält die Vergesellschaftung von Wohnraum für geeignet und erforderlich, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in Berlin sicherzustellen. Auch weil eine verstärkte Neubautätigkeit keine Alternative darstelle, „um das Ziel der Verbesserung der dauerhaften Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen zu erreichen“. Da wirkt es wie aus der Zeit gefallen, dass die ProPotsdam-Geschäftsführer Nicke und Westphal nun ankündigten, weitere Potsdamer Wohnungen privatisieren zu wollen. Isabelle Vandre, wohnungspolitische Sprecherin der Linken im Brandenburger Landtag und Stadtverordnete, kritisiert das Vorhaben daher auch mit deutlichen Worten: „Die Privatisierung von Wohnungen ist ein gefährlicher Irrweg und muss verhindert werden. Wir müssen den Bestand

in öffentlicher Hand dauerhaft schützen, um bezahlbaren Wohnraum in Potsdam zu sichern.“ Die Linke will nun Druck auf die Stadtpolitik ausüben und den Verkauf verhindern. So erklärt die Kreisvorsitzende der Linken Iris Burdinski: „Wir erwarten von SPD, Grünen und vom Oberbürgermeister, dass sie sich klar gegen diesen Privatisierungsunsinn positionieren. Der Oberbürgermeister sollte von seinem Weisungsrecht gegenüber den Geschäftsführern Gebrauch machen und den Verkauf der Wohnungen untersagen.“ Die schnelle Reaktion der Linken zeigte erste Wirkung: Auch die Führung der SPD-Fraktion distanzierte sich mittlerweile von dem Vorhaben. Die Linke will nun den Druck aufrechterhalten. „Keine weitere kommunale Wohnung darf in Potsdam privatisiert werden“, so Burdinski.

Wohnkrise in Potsdam - Es braucht dringend einen neuen Diskurs

Zum Semesterbeginn zieht es tausende neue Gesichter nach Potsdam, doch wo und unter welchen Bedingungen kommen diese unter? Dazu habe ich einen Monat lang etwa 1500 Studierende der Universität und Fachhochschule Potsdam befragt. Die Ergebnisse sind schockierend und zeigen große Versäumnisse der Politik auf.

Im Durchschnitt geben Studierende 47% ihres Monatsbudgets für die Miete aus, während eine Faustregel 30% empfiehlt. Dies können nur etwa 15% der Studierenden befolgen. Bei 44% macht die Miete mehr als die Hälfte und bei jeder*in siebten*in sogar mehr als 2/3 des Monatsbudgets aus. So landet jede*r zweite nach Abzug der Miete unter dem Existenzminimum (532€). Tendenz steigend!

Klar ist: Es wird nicht helfen,

das Wohngeld weiter zu erhöhen. Letztes Jahr wurden 20 Milliarden Euro ausgegeben, um Menschen beim Wohnen zu unterstützen. Das Geld fließt, letztendlich als Gewinn, an Vonovia und Co weiter. Zum Vergleich: Sozialer Wohnungsbau wurde 2023 mit lediglich 2,5 Milliarden unterstützt. Die Konsequenz: Über 900.000 Sozialwohnungen fehlen.

Bauen alleine löst die Krise aber auch nicht. Es fehlt nicht an Wohnraum, sondern an bezahlbarem Wohnraum. Nur 9% der befragten Studierenden sind in Wohnheimen des Studentenwerks untergebracht. Der Grund: Neubau ist teuer. Die Baukosten liegen pro Wohnung bei 100.000€, so Peter Heiß, Geschäftsführer des Studentenwerks. Um mit den steigenden Preisen umzugehen, setzt sich Isabell Vandre im



PODIUMSDISKUSSION MIT ISABELLE VANDRE FOTO: MAZ

Landtag für eine eigenständige Förderung von studentischem Wohnraum ein.

Für die günstigsten privaten Wohnheime zahlt man dagegen im Schnitt 613€ (für 20 Quadratmeter). Setzt man an, dass das Studentenwerk gleiche Kosten hat wie private Unternehmen, so ergibt sich ein pro Kopf Gewinn von 2436€ (brutto) im Jahr. Geld, das die Studierenden viel dringender bräuchten.

Eine Intervention ist nötig! Stichwort: Enteignen. Wenn dies bei

Autobahnbau oder Braunkohlebergbau Praxis ist, dann muss es doch gerade auch aus sozialen Gründen möglich sein.

Es braucht dringend einen neuen Diskurs!

Text für „Stadt für Alle“ von C-F. Weber/gekürzt von Anna Nold

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee der Sowjetunion das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Die Parteivorsitzende der Partei Die Linke, Janine Wissler, mahnt: „Der Kampf gegen Antisemitismus, gegen faschistische Ideologie und alte und neue Nazis ist unser aller Auftrag. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die politische Bildung. Um sich mit der Geschichte zu befassen und zu verstehen, was damals passierte, ist der Austausch umso wichtiger. Hören wir den Überlebenden zu! Sie sind die wichtigste Quelle, um zu wissen, was geschehen ist und wie es geschehen konnte.“

Der Parteivorsitzende der Partei Die Linke, Martin Schirdewan erklärt dazu: „Rassismus und rechte Gewalt gehören zum Alltag in Deutschland. Täglich gibt es im Schnitt zwei Angriffe auf Geflüchtete. Die Zahl der Brandstiftungen gegen Flüchtlingsunterkünfte steigen an und sind zutiefst besorgniserregend. Rechte Kräfte, die versuchen die Gesellschaft zu spalten, müssen den Druck der Zivilgesellschaft und eine klare Verurteilung durch politisch Verantwortliche erfahren. Wir müssen uns denen geschlossen und solidarisch entgegenstellen, die dem Faschismus wieder den Weg bereiten wollen. Dies sind wir den Opfern schuldig. DIE LINKE wird dazu ihren Beitrag leisten.“

Den Überlebenden zuhören!



Wir gehen in den Kampf mit Freuden, und es ist eine Freude zu leben.*

Zum Gedenken an die Sozialist:innen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die vor 105 Jahren am 15. Januar 1919 in Berlin von rechten Freikorps ermordet wurden, hatten die Kreis- und Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke Potsdam für den 21. Januar 2024 aufgerufen. „Ihr Leben und Wirken ist uns Mahnung den Kampf um Frieden und gegen Aufrüstung, sowie den Einsatz

für eine solidarische und gerechte Gesellschaft entschlossen, aber ohne Verbitterung fortzuführen. Wir freuen uns, wenn wir auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Rosa und Karl die Ehre am Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“ im Potsdamer Lustgarten erweisen können“, hieß es in dem Aufruf.

*Zitat von Rosa Luxemburg



DIE POTSDAMER LINKEN HABEN AM 21. JANUAR AN DER PLASTIK „HERZ UND FLAMME DER REVOLUTION“ VON THEO BALDEN IM LUSTGARTEN AN KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG ERINNERT. BLUMEN LEGTEN U.A. NIEDER DIE DIE KREISVORSITZENDEN IRIS BURDINSKI UND JÖRG SCHINDLER SOWIE DIE VORSITZENDEN DER FRAKTION SOZIAL.DIE LINKE STEFAN WOLLENBERG UND DR. SIGRID MÜLLER (V.L.N.R.).

John Schehr und Genossen – „auf der Flucht erschossen“



NOCH HEUTE WIRD JEDES JAHR DEM LEBEN UND WIRKEN JOHN SCHEHR'S GEDACHT

Wer von uns „gelernten DDR-Bürgern“ denkt beim Namen John Schehr nicht sofort an eine Lernpflicht aus der ehemaligen Schulzeit? Das Gedicht – 1934 von Erich Weinert geschaffen – erinnerte in klaren Worten an die meuchlerische Ermordung von kommunistischen Widerstandskämpfern. Und es gehörte zur Pflichtliteratur – damals.

Doch: Wer war John Schehr? John Schehr wurde am 9. Februar 1896 in (Hamburg)-Altona geboren. Aufgewachsen in einer traditionellen Arbeiterfamilie, erlernte er den Beruf eines Schlossers und trat zunächst 1912 in die SPD und ein Jahr später in die Transportarbeitergewerkschaft ein. Im Jahre 1917 trat er der USPD und 1919 der KPD bei.

1929 wurde John Schehr Mitglied des Zentralkomitees der KPD und 1932 Mitglied des Preußischen Landtags sowie von Juli des gleichen Jahres bis 1933 Mitglied des Reichstages. John Schehr nahm am 7. Februar 1933 an der geheimen Tagung des ZK's der KPD im Sporthaus Ziegenhals bei Berlin teil. Im März 1933 wurde der Parteivorsitzende der KPD Ernst Thälmann verhaftet. Daraufhin übertrug die Kommunistische Internationale den Parteivorsitz auf John Schehr. John Schehr wurde dann am 13. November 1933 verhaftet und in das KZ Columbiahaus gebracht. Da er sich in Vernehmungen konsequent weigerte, Angaben über Personen und Ereignisse des konspirativen Kampfes zu machen wurden John Schehr und drei weitere Mitglieder der KPD – Eugen Schönhaar, Rudolf

Schwarz und Erich Steinfurth – in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1934 am Berliner Kilometerberg „auf der Flucht erschossen“. Für die Ausführung des Mordes war der Polizeikommissar Bruno Sattler verantwortlich. Noch im gleichen Jahr gedachte der Schriftsteller Erich Weinert mit seinem Gedicht „John Schehr und Genossen“ des Meuchelmordes der Gestapo. Nach 1945 erfolgten in der DDR zahlreiche Ehrungen durch Benennungen von Straßen, Einrichtungen und Gebäuden nach John Schehr, die nach 1989/90 teilweise wieder rückgängig gemacht wurden. 1954 wurden seine sterblichen Überreste aus Marzahn nach Friedrichsfelde überführt und an einem Ehrenplatz in der Gedenkstätte der Sozialisten im Zentralfriedhof Friedrichsfelde beigesetzt.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.Potsdam | Ausgabe Februar 2024

DIE DEMOKRATIE SCHÜTZEN. GEMEINSAM!



Es waren verstörende Nachrichten, die über Potsdam in den ersten Tagen des neuen Jahres durch die Welt gingen. Fatal erinnern die Ereignisse im November am Lehnitzsee, wo Deportationspläne für Millionen diskutiert wurden, an die Wannsee-Konferenz 1942 nur wenige Kilometer weiter, bei der die sogenannte „Endlösung“ der Judenfrage auf den Weg ge-

bracht wurde. Und die Beteiligten leugnen diese Pläne nicht einmal. Empörung gibt es in der AfD vor allem darüber, dass das Treffen und seine Inhalte öffentlich bekannt geworden sind. Dass die Ereignisse für sehr viele Menschen ein Weckruf waren, zeigte die Kundgebung des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“, bei der am 14. Januar 10.000 Menschen auf dem

Alten Markt zusammenkamen, so viel wie in Potsdam seit 1989 nicht mehr.

Mit einem Beschluss verurteilten auch die Stadtverordneten am 24. Januar 2024 die rechtsextremen Remigrationsfantasien und machten deutlich: in Potsdam ist kein Platz für solches Gedankengut und jene die es spinnen. In der Dis-

kussion zum Dringlichkeitsantrag wurde aber auch das Meinungsspektrum im demokratischen Lager deutlich. So fragte Carmen Klockow vom Bürgerbündnis, warum nicht auch der Linksextremismus Erwähnung finde. Das veranlasste den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Stefan Wollenberg zu einer deutlichen Erwidrung: es gebe in Deutschland keine linksextreme Partei, die Demokratie abschaffen wolle oder die Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen plane. Der Versuch einer Gleichsetzung trage im Gegenteil zur Verharmlosung des Rechtsextremismus bei und bereite ihm weiteren Boden. Darin wurde er von mehreren Redner:innen anderer Fraktionen unterstützt. Der Beschluss in namentlicher Abstimmung wurde schließlich nahezu einstimmig – gegen eine Stimme aus der AfD gefasst.

Die Demonstrationen in lang nicht gekannter Größe überall im Land machen Mut. Aber es ist auch klar: Der Kampf um unsere Demokratie braucht einen langen Atem. Mit Kundgebungen und Beschlüssen allein ist es nicht getan. Und er kann nur gemeinsam gelingen.

Mit auf den Weg...



„Ich stehe immer auf der Seite der Kinder!“ - Von dieser Maxime Astrid Lindgrens lässt sich der Potsdamer Jugendhilfeausschusses leiten und sorgt mit fachlicher Expertise und vielen

PartnerInnen dafür, dass Kinder und Jugendliche starke Persönlichkeiten werden können. In unserer Gesellschaft ist dieser Weg mit vielen Hürden versehen. Einerseits gibt es viele Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien: finanzielle Hilfen, Förder- und Beratungsangebote, Freizeiteinrichtungen, engagierte PädagogInnen und SozialarbeiterInnen. Sie bestmöglich zur Wirkung zu bringen ist das wichtigste Ziel des Jugendhilfeausschusses. So ist es gelungen, die personelle Ausstattung des Allgemeinen Sozialen Dienstes noch für dieses Jahr um bis zu 12 Stellen zu erweitern. Ein einstimmiger Appell der Mit-

glieder an den Oberbürgermeister hat das bewirkt. 78 „Fälle“ bearbeitet eine/ein SozialpädagogIn derzeit pro Jahr - untragbar und gefährlich! Echte Hilfe für Kinder und ihre Familien in schwierigen Situationen ist so kaum möglich. Die Förderung von Kindern mit besonderen Bedarfen in Kitas wird in 2024 um 450 T€, in 2025 um 900 T€ ausgebaut. Davon profitieren Kitas mit mehr als 40% Kindern mit Migrationshintergrund, die ehemaligen Kiez-Kitas, Kinder, die Armuts- und Entwicklungsdefizite oder Anspruch auf Bildungs- und Teilhabemittel haben. Für Notsituationen wird es ab Herbst 2024 eine städtische Einrichtung geben, die Kinder und Jugendlichen

in akuten Gefahrenlagen sofort in Obhut nimmt. Diese Einrichtung wird dringend gebraucht! Durch diese Facharbeit im Jugendhilfeausschuss konnte und kann sehr viel erreicht werden, können wir Kindern und Jugendlichen unabhängig von sozialer Herkunft, geistigen oder körperlichen Fähigkeiten zur Seite stehen. Mehr Chancengerechtigkeit ist das politische Credo dieses Fachausschusses. Ich bin stolz, dass ich an dieser Arbeit über 30 Jahre mitwirken konnte, als Mitglied des Ausschusses, aber auch über Jahre als dessen Vorsitzende.

*Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende*

Ein Gespenst geht um in Potsdam –



...das Gespenst der autoarmen Innenstadt. Bei der Debatte um den Modellversuch für eine verkehrsberuhigten in der Dortustraße hatte ich von Zeit zu Zeit wahlweise den Eindruck, wir stehen kurz vor der Verbannung aller Autos aus der Innenstadt oder das Potsdam die erste Stadt ist, die eine autoarme Innenstadt vorantreibt. Der langjährige Prozess wird nun konkret und ich kann die Aufregung vor der Veränderung verstehen. Das heißt für mich nicht, dass wir den Prozess stoppen und noch einmal alles (zer)reden. Nein, wir haben die Kritik verstanden und greifen diese auf. Kein Stopp des Modellversuches, sondern mehr Dialog und eine verbindliche sowie abrechenbare Evaluierung. Am Ziel einer autoarmen Innenstadt mit mehr Aufenthaltsqualität für alle halten wir fest. Wir wollen den Weg gemeinsam mit Händlern und Gastronomen gehen. Ein Stopp führt zu Planungsunsicherheit bei der Gastronomie, die im Frühjahr in die Saison starten will. Die Mehrheit der SVV hat auf unseren Antrag hin beschlossen, dass der für das Frühjahr 2024 geplanten Neuaufteilung des Straßenraums in der Dortustraße ein dicht getakteter und verbindlich terminierter Dialog mit den Anwohnenden und den Gewerbetreibenden vorangestellt wird. Damit soll den unlängst artikulierten Bedenken im Rahmen von Informationsveranstaltungen Rechnung getragen werden. Nach Beginn des Prozesses ist in einem Rhythmus von 3 Monaten die Wirksamkeit der Maßnahmen im Dialog mit den Beteiligten zu evaluieren und ggf. nachzusteuern. Die Einhaltung der neuen Bestimmungen ist durch das Ordnungsamt regelmäßig zu kontrollieren. Ich denke, dass ist ein guter Weg, den wir hier gehen. Aufgabe der Politik wird es sein, den Prozesses mit wachen und kritischen Augen zu verfolgen.

Sascha Krämer

Mehr Rot - Mehr Fahrradsicherheit



Wir haben uns in der letzten 5 Jahren immer wieder stark gemacht für eine verbesserte Radinfrastruktur und damit für mehr Sicherheit. Ein weiterer Aspekt wurde in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Wir fordern: Mehr Rot auf der Straße (siehe Bild).

Mit farblich gekennzeichneten Radwegen, so wie bereits in Berlin, Aachen, Leipzig und in vielen Städten der Republik praktiziert, sorgt die Stadt Potsdam dafür, dass nicht nur Fahrradfahrer die

richtige Spur auf der Straße nutzen, sondern auch Autofahrer. Besonders auf vielbefahrenen Straßen und Kreuzungen, können farbige Radwegmarkierungen Gefahrenzonen entschärfen. Mit einer farblich klaren Trennung von Straße, Fahrrad- oder Radweg und Fußgängerflächen, fühlen sich die Verkehrsteilnehmer sicherer. Mit Signalfarben können Gefahrenzonen, wie beispielsweise Kreuzungen, Einmündungen oder Grundstückszufahrten besonders gekennzeichnet werden. Durch die Kontraste wird die Auf-

merksamkeit der Verkehrsteilnehmer:innen deutlich erhöht.

Daher haben wir die Verwaltung beauftragt im Rahmen des Radverkehrskonzeptes zu prüfen, ob und wo im Potsdamer Radwegenetz zur Vermeidung von Doorings-Unfällen, bei unklaren Wegebeziehungen oder unfallauffälligen Stellen (nicht Unfallhäufungsstellen) zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Abschnitte des Radwegenetzes mit farblichen Markierungen hervorgehoben werden können. s.k.

Fragen und Antwort

Verkehrssicherheit auf der B2

Zwischen Neu Fahrland und Groß Glienicke besteht ein sehr gut ausgebauter und baulich von der Bundesstraße abgesetzter Zweirichtungsradweg. Dieser erfreut sich immer weiter steigender Beliebtheit bei Radler:innen, was auch Konfliktsituationen ansteigen lässt. Eine davon liegt am Abzweig nach Sacrow. Hier fällt der Radweg in der Höhe stark ab, liegt in bewaldetem Gebiet mehrere Meter zurückgesetzt von der Bundesstraße und kreuzt die abzweigende Landesstraße sehr unvermittelt. Der Abschnitt ist sowohl für Radfahrende, als auch Autofahrende äußerst schlecht einsehbar, zumal keinerlei Hinweisschilder oder Kennzeichnung der Radwegquerung auf der Straße vorhanden sind. Dies ist insbesondere für beidseitig verkehrende Radfahrer:innen

äußerst gefährlich. Der zweite gefährliche Abschnitt ist der Zweiradweg am Ortseingang in Groß Glienicke, der südlich um den Kreisverkehr herumgeführt wird. Auch hier fehlt eine Kennzeichnung der Radwegquerung im Kreisverkehr, aber baulich getrennt von der Fahrbahn, zumal dieser auch hier in beide Richtungen geführt ist. Hinzu kommt an dieser Stelle, dass den Verkehrsteilnehmenden häufig die Vorfahrtsregeln unklar sind, sodass zusätzliche Gefahrensituationen zwischen Radelnden und motorisiertem Verkehr entstehen. An dieser Stelle gibt es einen deutlichen Handlungsbedarf. Die Stadtverordnete Tina Lange hat sich erkundigt wie die Verkehrssituation an den beschriebenen Stellen kurzfristig und unkompliziert verbessert werden können. Der Beigeordnete Rubelt sieht leider keinen unverzüglichen

Handlungsbedarf, da die Stellen aus Sicht der Polizei nicht auffällig seien. Er stellt aber in Aussicht die Stellen im Radverkehrskonzept langfristig weiter zu diskutieren.

Wie geht es weiter mit dem Nuthewaldchen?

2021 wurde der kleine Waldabschnitt, das so genannte Nuthewaldchen in Zentrum Ost in einer Hauruckaktion gerade vor Beginn der Brutzeit zugunsten neuer Bauprojekte gerodet. Seitdem ist auf dem Areal, außer einer Guerilla-Aktion der Gruppe „Extinction Rebellion“ die über Nacht 100 Bäume pflanzten, nichts mehr passiert und die Fläche liegt brach. Gegen die Abholzung des Waldchens und die anschließende Bebauung gab es viel Protest von Klimaschützer:innen und Anwohnenden – vergeblich. Der Stadtverordnete Michél Berlin hat nachgefragt, wie es nun – mehr als 3 Jahr später – weitergehen soll. Für das Grundstück mit B-Plannummer 145 wurde, so der

zuständige Beigeordnete, bisher keine Baugenehmigung erteilt. Diese befindet sich zurzeit noch in der finalen Diskussion. Die Baugenehmigung soll aber in diesem Quartal noch erteilt werden. Die lange Dauer der Bearbeitung liege unter anderem daran, dass die notwendigen Unterlagen häufig nicht vollständig eingereicht werden. Es bleibt also weiterhin abzuwarten, wann der Bau im ehemaligen Nuthewäldchen beginnt.

Stadtverordnetenversammlung verlaufen anders als man gewohnt ist. So kamen die Stadtverordneten, durch die Behandlung von mehreren Dringlichkeitsanträgen und der langwierigen Abstimmung der Wiedervorlagen aus den Ausschüssen in der Januarsitzung nur zur Behandlung von 2 von insgesamt 51 Neuansträgen. Aus diesem Grund konnte die Fraktion Die Linke keine ihrer Anträge einbringen. Die Einbringung erfolgt nun erst nach Redaktionsschluss in der Fortsetzungssitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.01.2024. Die Anträge sollen an dieser Stelle jedoch trotzdem Erwähnung finden.

Überwiesen

Ungewohntes

Manche Sitzungen der Potsdamer

Endlich Fläche für Sport im Potsdamer Norden gefunden



Der Bedarf an Sportflächen ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Der Landeshauptstadt Potsdam ist es in den letzten Jahren leider nicht gelungen ausreichend neue Sportflächen zu schaffen.

Seit Jahren setzen sich die Stadtverordneten Leon Troche, Sascha Krämer und Clemens Viehrig für Sportfläche im Potsdamer Norden ein. Die Idee der drei Stadtverordneten hat an der „Verlängerten Amtsstraße“ konkrete Züge angenommen. Dazu haben sie, den Baubeigeordneten, Bernd Rubelt, und den Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH, Bert Nicke, eingeladen, um die Idee vor Ort zu besprechen (FOTO). An diesem Standort kann eine moderne Sportstätte entstehen und wir werden auch darauf achten, dass ein Sportfunktionsgebäude sowie die entsprechenden Rad- und Fußwegeverbindung von der Kirschallee bzw. von der Florastraße mitgedacht werden.

Die drei Stadtverordneten haben einen Antrag für die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2024 erarbeitet, in dem sie die Verwaltung beauftragen, am Standort der „Verlängerten Amtsstraße“ eine moderne Sportstätte mit Sportfunktionsgebäude zu entwickeln, um das Defizit an Sportflächen im Potsdamer Norden zu verringern. Gleichzeitig ist zu überprüfen, wie eine Rad- und Fußwegeverbindung von der Kirschallee – z.B. über die Deponie am Habichtweg – bzw. über die Florastraße als Verbindung der vorhandenen Sportflächen bzw. Kieze realisiert werden kann. Die o.g. Fläche ist von den Voraussetzungen und in Würdigung der bestehenden Herausforderungen für die Potsdamer Sportfamilie geeignet, das Defizit an Sportflächen im Potsdamer Norden zu verringern. Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit beschlossen. Nun kann es endlich losgehen.

Beschlossen

Leitungsfreie Baumpflanzbereiche

Der Antrag zu leitungsfreien Baumpflanzbereichen (die PAS berichtete im November) wurde beschlossen. Mit nur kleinen Änderungen durch die Fachausschüsse ist der Weg für mehr Stadtgrün geebnet und Leitungen für Wasser, Strom, Telekommunikation und Co. werden zukünftig prioritär unter Gehwegen platziert, sodass sich das Wurzelwerk der Pflanzen frei entfalten kann.

Zeitnahe Baustellenberäumung

Nach einem kleinen Umweg durch den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit wurde jetzt auch der Antrag zur zeitnahen Beräumung von Baustellen (Dezember 2023) ungeändert beschlossen. Die Straßenbaubehörde wird nun durch den Oberbürgermeister angewiesen so zeitnah wie möglich, nach Beendigung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen und Plätzen, die Beräumung vorzunehmen, alle notwendigen Beschilderungen und Markierungen zu tätigen und die Wege freizugeben. Wir bleiben aufmerksam, ob der Antrag umgesetzt wird.

In eigener Sache: An der richtigen Adresse

In Potsdam – und in der Stadtverordnetenversammlung – gibt es eine Adresse für Solidarität und soziale Gerechtigkeit: das ist Die Linke. Seit Januar kann die Fraktion „Sozial. Die Linke“ ihren Namen „Die Linke“ wieder mit Stolz und ohne Zusatz tragen.

Im Herbst 2022 war die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung wegen der Auseinandersetzung um die Zustimmung von Ralf Jäkel zu einem AfD-Antrag zerbrochen. Acht Stadtverordnete, die die Weigerung Ralf Jäkels, aus seinem Fehler Konsequenzen zu ziehen, nicht hinnehmen wollten, bildeten

seitdem die Fraktion „Sozial. Die Linke“. Zum Ende vergangenen Jahres gab die „Restfraktion“ den Parteianamen auf, nachdem ihr keine Parteimitglieder mehr angehören. Damit können die Mitglieder der Linken in der SVV ihren angestammten Namen wieder tragen – und es herrscht Klarheit, wer für Die Linke spricht.

Wir sind in den nächsten Monaten bis zur Kommunalwahl für sie und ihre Interessen da – und natürlich auch danach. Gemeinsam können wir viel erreichen! Viele reden von Gerechtigkeit – wir setzen sie um. Und ab sofort gilt wieder: nur wo links draufsteht, ist auch links drin!

Bürgersprechstunde mit Jana Schulze und Sascha Krämer

Das neue Jahr ist nun schon einige Tage alt. Die erste Stadtverordnetenversammlung liegt hinter uns und viele Herausforderungen im Stadtteil vor uns. Um Sie über aktuelle Politik in Potsdam zu informieren, aber vor allem um ihre Meinungen, Ideen und Sorgen zu erfahren, bieten die Stadtverordneten Jana Schulze und Sascha Krämer eine Bürgersprechstunde an.

Wir wollen zuhören und mit Ihnen ins Gespräch kommen am **Mittwoch, 07. Februar 2024 von 16.00 -17.30 Uhr auf dem Johannes-Kepler-Platz, Am Stern.**



Reinigungsintervalle von bewaldeten Radwegen im Herbst erhöhen

Die Stadt Potsdam versucht im Rahmen des Modal Splits (Verteilung des Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel) mehr Potsdamer:innen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzulenken. Das nehmen erfreulicherweise auch immer mehr Radfahrer:innen an. Damit der Umstieg aufs Rad aber nachhaltig gelingt, braucht es ganz-

jährig gut und sicher befahrbare Radwege. Diese sind in insbesondere in den Ortsteilen und in den bewaldeten Randlagen Potsdams ab Herbst nicht mehr gegeben. Viele Radwege sind unter dem fallenden Herbstlaub nicht oder nur noch teilweise erkennbar. Die Sturzgefahr auf schlecht beleuchteten, nassen Radwegen steigt enorm und sorgt dafür, dass die

Menschen wieder aufs Auto umsteigen. Aus diesem Grund wollen wir den Oberbürgermeister beauftragen, dafür Sorge zu tragen, dass die bewaldeten Radwege ab Herbst 2024 solange das Laub fällt mindestens wöchentlich gereinigt werden.

Tina Lange

Clara-Zetkin-Preis 2024

Die Linke würdigt mit dem Clara-Zetkin-Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist. Mit dem Preis wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet. Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der Linken vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken: Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst; Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

Die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises findet im März 2024 statt.

**Termin für telefonische
Bürgersprechstunde
Februar**

**Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende**

**Dienstag, 20.02.2024,
16:00 – 18:00 Uhr
Telefon: 0173 6171150**

**Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender**

**Dienstag, 13.02.2024,
16.00 – 18.00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25**

**Ida Karlotta Wiesig-
strauch, Fraktionsge-
schäftsführerin,**

**Mo - Fr: 09 -14 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
in 14469 Potsdam
Tel.: 0331 289 3048**

Fraktionssitzung

**Montags jeweils 18:00
Uhr im Lothar Bisky Haus
(Alleestr. 3)**

Nächste SVV:

**Mittwoch, 06.03.
15:00 Uhr, IHK Potsdam**

E-Mail

**dielinke@rathaus.pots-
dam.de**

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per
E-Mail an uns:

Die Linke.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 48

Fax: 331/289 31 19

Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



TRAKTOREN AUCH IN POTSDAM. DIE POTSDAMER SAGEN: „ES BETRIFFT UNS ALLE. OHNE DIE BAUERN GEHEN WIR PLEITE. DIE BAUERN STEHEN FÜR UNS ALS VOLK AUF DER STRASSE. WIR MÜSSEN SIE UNTERSTÜTZEN.“ FOTO: PNN/WINTER

Bauernproteste – es geht ums Ganze

Die Bauernproteste (zu Beginn des Jahres 2024) werden über die Demonstrationen der vergangenen Tage hinaus die Politik prägen. Inzwischen ist allen klar, dass es den Bauern im tiefsten Grunde gar nicht um die Subventionen für den Agrardiesel geht.

Es geht gegen eine Regierung, die sich selber als Fortschrittskoalition angepriesen hat und dann davon ausgegangen ist, dass es reicht, wenn sie ihre Vorstellung von Fortschritt in den Koalitionsvertrag packt. Mit den von ihren Vorstellungen Betroffenen wurden nicht kommuniziert und auch keine Unterstützer in der Gesellschaft gesucht. Wann gab es den letzten Gipfel im Kanzleramt zur langfristigen Zukunft der Land-

wirtschaft? Wann wurde begonnen, die Papiere, die Fachleute in den letzten Jahren erarbeitet haben, zusammen (!) mit den Bauern umzusetzen?

Wenn die Regierung nun die Bauern von oben herab finanziell maßregelt, ohne dass ein Effekt für das Klima oder die Energieeinsparung belegt werden kann, aber die Besteuerung von Kerosin oder die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs oder das Tempo 130 nicht mal angesprochen wird, ist die Reaktion nicht vom Himmel gefallen. Erstaunlich ist, wie organisiert und wie breit und wie schnell die Aktion Raum gewonnen hat und wie konsequent die Organisationen der Bauern gegen die Vereinnahmung von rechts

gehandelt haben.

Aktuell bekommt die deutsche Landwirtschaft allein in diesem Jahr 7 Milliarden Euro Subventionen – weil sie in der aktuellen Wirtschaftsordnung sonst nicht wettbewerbsfähig sei und das bei Milliarden Menschen, die keinen Tag satt werden. Es würden noch viel mehr Lebensmittel gebraucht, sie finden aber keine zahlungsfähige Nachfrage.

Fakt bleibt aber, dass die Landwirtschaft nicht erst seit heute und wieder Mal vor einem äußerst großen Transformationsprozess steht. Dabei werden viele laut der Prognosen der DZ Bank von den heute über 230.000 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr

2045 nur 100.000 noch aktiv sein. Durch den betriebswirtschaftliche Druck entsprechend der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen geht der Trend weg von den kleinen, sogar mittleren Betrieben in Richtung Agrarindustrie. Die Proteste formulieren darum vor allem die unternehmerische Sicht, kaum die Interessen der Beschäftigten, das Dilemma der Selbst- und Fremdausbeutung. Damit zusammen geht der Trend zu noch mehr schlecht bezahlten Saisonarbeit und zunehmender Prekarisierung. Das spielt in der Diskussion kaum eine Rolle, auch nicht, dass es gerade die kleinen Betriebe sind, die die Vielfalt bringen. Die Gesellschaft muss und kann dieser Entwicklung unbedingt einen Rahmen geben, der die vier lebenswichtigen Voraussetzungen sicher stellt: den Schutz der Umwelt und des Wassers, die Sicherung der Artenvielfalt, die Pflege der wichtigsten Basis – des Bodens. Nicht umsonst gibt es in der deutschen Sprache den Begriff „Mutterboden“. Wer das nicht ernst nimmt, kann auf den Osterinseln sehen, dass so nur unfruchtbare Wüste bleibt.

Thomas Singer

„Hallo, ist da Uwe?“

„Nee, hier ist Anna. Ich bin aktiv bei den Linken und wir rufen gerade alle unsere Mitglieder an...“. So oder so ähnlich starten derzeit die Gespräche in der Telefonzentrale im Lothar-Bisky-Haus. Unsere Partei erlebt aktuell einen Aufschwung, den wir durch eine konzertierte Telefonaktion, „100.000 Anrufe für eine starke Linke“, gemeinsam gegen die Abspaltung verteidigen wollen. Die Linke ist wieder da! Das Ziel der Aktion ist es, alle Mitglieder im Bundesgebiet anzurufen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, herauszufinden wofür sie sich begeistern und wie wir



alle miteinander wieder aktiver werden können. Die Genossinnen und Genossen in der Potsdamer Telefonzentrale sind mit viel Elan und Freude dabei und lassen die Hörer heiß laufen. Bisher haben wir 1000e tolle Gespräche mit den unterschiedlichsten Menschen geführt. Von „Ich bin immer gut drauf und immer dabei!“ zu „Ich brauch noch mehr Kontakt zu meinem Ortsverband“ war jede erdenkliche Stimmungslage dabei. Vielleicht habt ihr ja in den letzten Wochen bereits mit einem von uns gesprochen... Uns war es eine große Freude!



ISABELLE VANDRE (WOHNUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKSFRAKTION IM BRANDENBURGER LANDTAG), BJÖRN OESINGMANN (LINKER DIREKTKANDIDAT UND BETROFFENER), JÖRG SCHINDLER (KREISVORSITZENDER DIE LINKE POTSDAM UND RECHTSANWALT), MARLEN BLOCK (RECHTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKSFRAKTION IM BRANDENBURGER LANDTAG UND RECHTSANWÄLTIN) UND TINO HENNING (JURIST) BESUCHTEN DIE VONOVIA-SIEDLUNG.

Was tun, wenn Vonovia überzogene Betriebskostenabrechnungen zustellt?

Von Marlen Block und Isabelle Vandre (beide MdL)

Kurz vor Weihnachten erteilte knapp 300 Mietparteien einer Vonovia-Siedlung in der Potsdamer Nachbargemeinde Seddiner See ein Schock: die Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen für 2022. Der Immobilienkonzern verlangte von seinen Mieter:innen nicht nur Nachzahlungen von bis zu 3.000 €, sondern vervielfachte gleichzeitig die Abschlagszahlungen für die kommenden Monate. Ja, gestiegene Energiepreise belasten momentan leider viele Haushalte, aber ein genauer Blick in die Vonovia-Abrechnungen lohnt sich. Wir waren Anfang Januar mit zwei Anwälten des Sozialberatungsteams der Potsdamer Linken in Seddin, um erste Hilfe zu leisten. 80 Mieter:innen suchten uns auf. Vielen Dank an die Genoss:innen aus Potsdam - Mittelmark für die Organisation des Termins.

Organisiert euch, denn fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen scheinen System zu haben!

Fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen, bei denen nicht erbrachte Leistungen in Rechnung gestellt werden, sind absolut keine Seltenheit bei Vonovia. So sollen Mieter:innen bspw. für

eine nie erfolgte Dachrinnenreinigung zahlen. Doch nur wer fehlerhafte Abrechnungen beanstandet, hat die Chance, einen Nachlass oder eine Erstattung zu erwirken. Dass dies erfolgreich sein kann, zeigen viele Beispiele. Der Großteil der Mieter:innen widerspricht den Kostenabrechnungen jedoch meist nicht, weil die Verunsicherung zu groß ist und die zeitlichen Kapazitäten fehlen. Genau deswegen ist es wichtig, sich zu organisieren und die Nachbarschaft zusammenzubringen. Vielleicht hat bereits eine Person erfolgreich Zahlungsnachlässe erwirkt und kann den Nachbar:innen verraten, wie das gelingt. Eine andere Person hat vielleicht genau beobachtet, dass die zur Dachrinnenreinigung beauftragte Firma nach 10 Minuten wieder gefahren ist, ohne einen Handschlag zu tätigen. All das gilt es, gemeinsam zu sammeln, zu dokumentieren und dann möglichst viele Nachbar:innen zu einem Widerspruch zu motivieren. Wer sich allein mit einem riesigen Immobilienunternehmen und einer Schar von Anwalt:innen konfrontiert sieht, fühlt sich ohnmächtig und gibt nach. Gemeinsam mit den Nachbar:innen kann es aber gelingen. Insbesondere alleinstehende Personen sollten nach Unterstützungsbedarfen gefragt und aktiv zur Mitwirkung eingeladen werden.

Widerspruch einlegen!

Jede Betriebskostenabrechnung ist individuell und muss auf der Basis des bestehenden Mietvertrages bewertet werden. Dennoch gibt es ein paar allgemeingültige Grundsätze, die Mieter:innen beachten können. Es ist bspw. ratsam, Einzugsermächtigungen zu stoppen, Nachzahlungen nicht zu leisten und dem Vermieter

schriftlich mitzuteilen, dass man der Betriebskostenabrechnung widerspricht und so lange vom Zurückbehaltungsrecht Gebrauch macht, bis Akteneinsicht in alle relevanten Verträge gewährt wurde. Musterschreiben für den Widerspruch gegen Betriebskostenabrechnungen gibt es z.B. auf der Website der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt. Bereits im ersten Widerspruch sollten konkrete Gründe, die am besten zuvor in der Nachbarschaft gesammelt und dokumentiert wurden, benannt werden. Die Akteneinsicht sollte in alle damit im Zusammenhang stehenden Verträge beantragt werden. Mieter:innen einer Vonovia-Siedlung in Berlin-Tempelhof haben zu diesem Zweck vor Kurzem eine Prüfgemeinschaft gegründet.

Unsere Forderung bleibt: Vonovia und Co enteignen!

Vonovia wird seine Betriebspraxis nicht von allein ändern. Dazu braucht es politischen Druck. Dass Vonovia und andere Immobilienkonzerne überhaupt so groß wurden, liegt an politischen Entscheidungen wie der anhaltenden Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände. Unsere Forderung bleibt daher: Vonovia und Co. müssen enteignet und die dringend benötigten Wohnungsbestände vergesellschaftet werden!

#dielinkehilft

Kostenlose

Sozial- &

Rechtsberatung

Unsicher, ob Sie Anspruch auf Wohngeld haben und was Sie bei der Beantragung beachten müssen? Stress mit dem Arbeitgeber oder dem Jobcenter? Fragen, ob die Mieterhöhung rechtmäßig ist? DIE LINKE hilft. Wir stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Erfahrene Jurist:innen beraten Sie und geben Tipps, an wen Sie sich wenden können.

Die Beratungen finden an jedem ersten Mittwoch des Monats von 17-19 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle (Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam) statt.

Wir bitten um Voranmeldung per Mail an kgf@dielinke-potsdam.de.



ISABELLE VANDRE KONNTE DEN DRITTEN LISTENPLATZ BEHAUPTEN

Konsequent an der Seite von Mieter:innen: Isabelle Vandre auf Listenplatz drei gewählt

Als Direktkandidatin für die Potsdamer Innenstadt, West und Babelsberg war Isabelle Vandre bereits im September von der Linken nominiert worden. Mit einer klaren Botschaft wurde sie nun auch auf einen vorderen Platz auf der Landesliste der Linken für Landtagswahl gewählt: Sie will sich konsequent für die Rechte von Mieter:innen einsetzen. „Es ist offenkundig, dass wir als Linke die Mieter:innenpartei sind. Wir sind diejenigen, die vom Bund bis zur Kommune einen Mietenzwang fordern. Wir sind diejenigen, die für die Rechte von Mieter:innen und Mieter kämpfen. Und wir sind

diejenige, die wissen, dass Wohnraum keine Ware ist.“, so Vandre in ihrer Vorstellungsrede. Damit sei Die Linke zwar unter den im Brandenburger Landtag vertretenen Parteien allein, gesellschaftlich habe sie aber viele Bündnispartner:innen. „Wer hätte noch vor fünf Jahren gedacht, dass ein Volksentscheid für die Enteignung von Wohnungsunternehmen erfolgreich sein kann? Wer hätte noch vor fünf Jahren gedacht, dass die Verbraucherzentrale die Debatte um Erweiterung des Enteignungsgesetzes anstößt und jetzt in ihren Wahlforderungen verankert, weil sie an dem Rauswurf der Bewohner:innen

aus der Josephinen Wohnanlage gesehen haben, dass es so nicht weitergeht?“, fragte sie rhetorisch. Aber nicht nur politisch kämpfte Die Linke für die Rechte Mieter:innen. Vandre verwies auch auf die praktische Hilfe, die Die Linke beispielsweise für die Mieter:innen von Vonovia in Seddiner See organisierte (mehr auf Seite 6). Vandre verwies auch die Wichtigkeit einer konsequenten Sozialpolitik für Bekämpfung der AfD: „Die antifaschistische Mobilisierung, die wir seit 2 Wochen erleben, ist großartig. Aber Demos und Kundgebungen allein werden den Aufstieg der AfD nicht aufhalten. Es braucht mehr dazu: eine Politik, die der Themensetzung der AfD nicht auf den Leim geht, sondern die rassistischen Abschottungs- und Abschiebedebatten beendet. Und vor allem braucht es eine Sozialpolitik, die anerkennt, dass Armut um sich greift und dem etwas entgegengesetzt.“ Vandre konnte sich gegen eine Mitbewerberin klar durchsetzen. Der Brandenburger Landtag wird am 22. September gewählt.

In Potsdam kandidieren für die Linke: **Wahlkreis 19** (Bornim, Bornstedt, Eiche, Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Grube, Marquardt, Nedlitz, Neu Fahrland, Sacrow, Satzkorn und Uetz-Paaren): Jörg Schindler

Wahlkreis 21 (Babelsberg, Klein-Glienicke, Nördliche Innenstadt, Nördliche Vorstädte und Westliche Vorstädte): Isabelle Vandre
Wahlkreis 22 (Potsdam-Süd, Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld und Südliche Innenstadt/Zentrum Ost): Stefan Wollenberg

Die Landesliste der Linken (Platz 1 bis 10) setzt sich wie folgt zusammen:

1. Sebastian Walter (Barnim)
2. Kathrin Dannenberg (Oberspreewald-Lausitz)
3. Isabelle Vandre (Potsdam)
4. Thomas Domres (Prignitz)
5. Andrea Johlige (Havelland)
6. Ronny Kretschmer (Ostprignitz-Ruppin)
7. Yasmin Kirsten (Cottbus)
8. Andreas Büttner (Uckermark)
9. Carolin Schönwald (Märkisch-Oderland)
10. Tobias Lübbert (Teltow-Fläming)

Wir sind DIE LINKE Potsdam



Wir leben in einer Gesellschaft, die sich immer mehr spaltet, die Geflüchteten Schuld an eigenen Missständen gibt und nicht einmal Geld für eine Kindergrundsicherung bereitstellt. - Deshalb brauchen wir eine starke Linke!
Ich bin Minne Nimz, Studentin Druck- & Medientechnik und Grafikdesignerin und setze mich für soziale Gerechtigkeit ein.



Potsdam braucht gute Löhne in allen Branchen, sowohl im ÖPNV als auch in der Pflege. Der Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem braucht Struktur.
Ich bin Moritz Roth, bei der Linksjugend und Die Linke und wieder Politik für Menschen zu machen und nicht gegen sie. Potsdam braucht eine starke, geschlossene Linke.



Als Startup-Generation müssen wir wieder stärker lernen uns gewerkschaftlich zu organisieren, um so der Kapitalseite die Stirn bieten zu können. Get organized to strike!
Ich bin Tilman Kolbe, Student und aktiv in der Gewerkschaft GEW sowie bei den Kritischen Jurist*innen Potsdam.

Feministischer Stammtisch
28.02. | ab 19 Uhr | 11-line
Charlottenstraße 119 | 14467

Die Linke
Kreisverband Potsdam

frauen sommerakademie*

„Schule satt!“ – Volksinitiative für kostenloses Mittagessen gestartet

Jedes Kind in Brandenburg hat das Recht, gesund und glücklich aufzuwachsen. Dazu gehört auch eine vollwertige Ernährung. Doch der Preis für ein Schulesse liegt mittlerweile nicht selten zwischen 5,- und 6,- Euro. Immer mehr Familien können sich das nicht mehr leisten. Das darf nicht sein! Die Landesregierung muss dringend handeln! Wir wollen ein beitragsfreies Mittagessen für alle Schüler*innen der 1. bis 6. Klassen an allen brandenburgischen Schulen. Dafür haben wir mit einem breiten Bündnis aus 13 Organisationen – Gewerkschaften, Sozialverbänden und Elterninitiativen am 22. Januar die Volksinitiative „Schule satt!“ gestartet. Zum Auftakt der Unter-



schriftensammlung gab es eine Kundgebung in Potsdam auf dem Steubenplatz (siehe Foto). Sebastian Walter (Co-Landesvorsitzender Die Linke Brandenburg) erklärte: „Unsere Partei hat sich in Brandenburg schon mehrfach für die

Einführung eines kostenlosen Mittagessens in Schulen eingesetzt, weil wir wissen, dass diese Maßnahme wirklich hilft. Leider bis heute erfolglos. Dabei tragen auch in Brandenburg Familien seit Monaten die höchste Inflations-

belastung. Mit der Wiedereinführung des Mehrwertsteuersatzes von 19 % zum 1. Januar werden die Preise für das Schulesse noch weiter steigen. Dabei liegen sie in Brandenburg nicht selten schon jetzt zwischen fünf bis sechs Euro pro Mittagessen. Die Folge ist: immer mehr Familien müssen das Mittagessen für ihre Kinder in der Schule abmelden. Das darf nicht sein! Hier muss die Landesregierung handeln! Dafür gehen wir in den nächsten Monaten in Schulen, Kitas, Veranstaltungen und auf die Straßen.“

Weitere Informationen unter: www.schule-satt.de

„Voll das Leben“ und mehr

Das Jahr 2023 am Filmmuseum Potsdam war geprägt von vielen Neuerungen und Erfolgen. 2023 zählte das Museum insgesamt zirka 55.000 Besucher aus aller Welt, etwa 3.000 mehr als im Vorjahr.

Im Oktober eröffnete mit „Voll das Leben! Andreas Dresen und Team“ eine Sonderausstellung, mit Prolog im Foyer, zu einem der bedeutendsten deutschen Regisseure der Gegenwart. Diese Sonderausstellung ist noch bis 30. Dezember 2024 zu sehen. In der neuen Reihe „Werkstattgespräche“ ist am Donnerstag 8.02.2024 um 19:00 Uhr Andreas Dresen im Gespräch mit Schauspieler

und Regisseur Bjarne Mädel zu erleben. Der Hintergrund: Als Professor für Filmschauspiel an der Hochschule für Musik und Theater in Rostock lädt Andreas Dresen dort regelmäßig prominente Gäste ein, mit denen er sich über ihre Arbeit für Bühne und Film unterhält.

Ein weiterer Höhepunkt 2024: Das Filmmuseum Potsdam bereitet etwa das Berlinale Spotlight vor. Vom 1. bis 5. März werden im Anschluss an die Berlinale die wichtigsten deutschen Nachwuchsfilme in Potsdam zu sehen sein.



KLASSE BEWEGUNG PARTEI

**Versuch einer
Verhältnis-
bestimmung**

7.2. | 18 Uhr

++Termine ++ Termine++

++Termine ++ Termine++

Mi 07.02.2024, 18 Uhr
rotbloq (Zeppelinstr. 7)

Mi 21.02.2024, 18 Uhr
Büro der RLS Brandenburg
(Dortustr. 53)

Klasse - Bewegung - Partei.
Diskussion mit Isabelle
Vandre und Ines Schwertner
(Publizistin und Europakandi-
datin der Linken)

Held*innen auf die Barri-
kaden“ - Care-Proteste als
Ausgangspunkt einer gesell-
schaftlichen Transformations-
strategie“ - Buchvorstellung
mit Malika Guellil

Mi 14.02.2024, 17-19 Uhr
rotbloq (Zeppelinstr. 7)

Kostenlose Sozial- und Rechts-
beratung - ERSATZ für den
07.02.2024

Mi 28.02.2024 19 Uhr,
11-line (Charlottenstr. 19)

Feministischer Stammtisch -
Flinta*-only